









Landtagswahl in Niedersachsen

am 9. Oktober 2022

	SPD	CDU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Freie Demokraten FDP
	Bis 2040 Energiebedarf zu 100% aus EE decken; Massiver Ausbau der Windkraft und Solarenergie Unabhängig von Energieimporten werden Gesamtemissionen bis 2025 um mindestens 42% senken; bis 2030 um mindestens 65%; 2035 um 76%; 2040 um 86%	Sicherung "günstiger" Energiepreise für die Industrie Durch EE-Ausbau ergibt sich deutlicher Standortvorteil Entwicklung von Kopplungskonzepten aller Energieflüsse Energie- & Wasserstoffbedarf bis 2050 100 % EE; deutlicher Fokus auf EE-Importe	Bis 2030 THG um 80 % zu 1990 reduzieren; 2035 Netto-Null-Emissionen 2030 Stromproduktion 100 % aus EE Bis 2035 Wärme, Mobilität, Industrie 100 % aus EE versorgen Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral gestalten	In Niedersachsen Knotenpunkt für jegliche Energieträger bilden (Energie-Multihub), dabei Ausbau des Wirtschaftszweiges "Energieimport und -export" "Die Freien Demokraten in Niedersachsen setzen sich für einen Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der lokalen Umstände ein" Technologieoffene Importterminals errichten
	Ausweisung von 2,1% der Landesfläche als Vorranggebiete Erschließung der Potenziale bei Wind im Wald "Schlankere und beschleunigte Genehmigungsverfahren" Landesraumordnungsprogramm: Schaffung der notwendigen Infrastruktur & Rahmenbedingungen für Offshore-Windparks	"Weg von der Wohnbebauung, rein in den Naturraum" Stärkere Beteiligung der Kommunen (Finanziell, planerisch) Bundsratsinitiative zur Öffnung des Bundesnaturschutzgesetzes anregen Entlang von Verkehrswegen, Wald, Offshore vereinfachen 15-50 Meter Höhe mit einfacher Baugenehmigung	30 GW bis 2030; 40 GW bis 2035; 70 GW bis 2045 "Schnellstmöglich" 2.5 % der Landesfläche für Vorranggebiete ausweisen Artenvielfalt vor allem durch den Klimawandel bedroht, entsprechend wichtig ist der Ausbau der EE Landesweites Artenschutzmonitoring einführen Bau von Kleinwindanlage außerhalb von Wohn- und Kurgebieten ermöglichen	Ablehnung von Windkraftanlagen in intakten Waldgebieten
	Ausstattung aller Landesgebäude mit PV bis 2040 Ausbauziel für Photovoltaik 65 GW; 50 GW auf Dächern, 15 GW Freiflächen PV; jährlich deutlich über 2 GW Zubau Aufbau einer PV-Produktion in NDS; PV-Pflicht für alle Neubauten Dachflächen-PV; Freiflächen-PV; Agri-PV konsequent erschließen Verbindliches Flächenziel von 0,5% für Freiflächen-PV im Klimagesetz	Weniger Bürokratie auf Dächern & versiegelten Flächen Raumordnerische Freiheit von Kommunen & Land ausweiten "Faktor Boden für Landwirtschaft nicht verteuern" Task Force Solarkraft für PV-Ausbau an Verkehrswegen bilden	PV-Pflicht für alle Neubauten und bei Dachsanierungen PV-Überdachungspflicht neuer Parkplätze etc. Nutzung aller geeigneten landeseigenen Dächer bis möglichst 2025 Naturverträgliche und flächenschonende FF- und Agri-PV	
		Verordnungen zum "pauschalen" Einsatz von Reststoffen entwickeln Gassammelleitungen und -einspeisung fördern Nachrangige Abschaltung im Redispatch 2.0 erwirken Potenziale der Branche erhalten	Wichtiger Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit anerkennen Weitere Flexibilisierung / Wärmenutzung des Bestands ist anzustreben Mehr Reststoffe, "umweltverträgliche" Energiepflanzen, Blühpflanzen, Wirtschaftsdünger in die Anlagen bekommen "Bioenergie wird dort benötigt, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist" Keine Ausdehnung der Flächen für Energiepflanzenanbau	"Rückbesinnung auf nachwachsende Rohstoffe"
	Ausbau dekarbonisierter Fernwärme; Geothermie stärker in den Blick nehmen Erarbeitung kommunaler Wärmepläne für eine gezielte energetische Sanierung von Quartieren Finanzielle Unterstützung der HausbesitzerInnen bei der Wärmewende (Gebäudesanierung, Energieeffizienz, Einbau von Wärmepumpen)	Geothermische Projekte mit Energieversorgern und Wohnungswirtschaft anstoßen Kommunale Wärmeplanung forcieren Bürokratieabbau bei Wärmenetzausbau	Neue öffentliche Gebäude mit 100 % EE-Wärme Mindestquoten für EE-Wärme bei Heizsanierung Fachkräfteinitiative (Handwerk, Ingenieurswesen, Raum- & Umweltplanung) Tiefen-Geothermie Modellprojekte (an bestehenden Bohrlöchern) Verpflichtende kommunale Wärmeplanung, Industrierwärme zur Fernwärme, Wärmerückgewinnung	Modellprojekte zu alternativer Beheizung (Großwärmepumpen, Biowärme,...) starten
	Einführung eines mindestens europaweiten Grünstahllabels Forcierung eines schnellen Ausbaus von Strom- bzw. Wasserstoffnetzen Standortvorteile Niedersachsens bei Import von grünem Wasserstoff nutzen (Seehäfen, Kavernenspeicher, Pipelines) Pilotvorhaben von Elektrolyseuren im großtechnischen Maßstab - Nutzung von Strom aus Offshore-Windparks zur Herstellung von grünem Wasserstoff Förderung entlang der gesamten Wertschöpfungskette Wasserstoff im Rahmen der IPCEI-Förderung	Niedersachsen als Drehscheibe für Transport & Erzeugung von H2 Energieintensive Industrie bei Umstieg helfen/forschen H2-Anbindung mitdenken bei LNG-Terminals Kopplung mit EE-Anlagen und dem Gasnetz	Vorrangig für Chemie- & Stahlindustrie, Schiffs- und Flugverkehr aus grüner Energie Grünes Industrieland Nummer 1 mit grüner Wasserstoffherstellung Bei grünen Wasserstoffimporten europäisch transparente Zertifizierung, keine neue Abhängigkeit von Unrechtsstaaten Keine Beimischung in das Erdgasnetz oder im PKW-Verkehr, sondern Industriefokus Wilhelmshaven als Drehscheibe von Importen, Speicherung, Regasifizierung und Bio-Methan	
	"Wir schaffen intelligente Strom- und Gasnetze" Beschleunigter Ausbau und Optimierung der bestehenden Infrastruktur sowie verbesserte Rahmenbedingungen für die Energiespeicherung	Dezentrale Modellprojekte unterschiedlicher Technologien Biogas als Speichertechnologie verstehen und nutzen Talsperren/ Smart Grids/ Forschung zur Batterietechnik Private Speicheranschaffungen fördern	An geeigneter Stelle Erdkabel statt Freileitung errichten Ausbau Smart Grids zur flexiblen Steuerung und günstigerem Bezug Gasspeicher in öffentliche Hand und nationale Gasreserve mit aus erneuerbaren Energien erzeugten Gasen Abbau steuerlicher Hemmnisse im privaten Speicherbau	Dauerhafte und angemessene Kompensation für Eigentümer des Flächenverlustes durch Bau von Freileitungen und Erdkabel durch Netzbetreiber gewährleisten
	Vom Autoland zum Mobilitätsland werden Bis 2030 flächendeckende Landeinfrastruktur für E-Mobilität (auch Schnellladestationen) Auch Brennstoffzelle oder synthetische Kraftstoffe (Wasserstoff) für LKW, Schiffe, Züge & Busse; synthetisches Kerosin für die Luftfahrt ÖPNV und SPNV bis 2030 weitgehend emissionsfrei Automatisiertes und vernetztes Fahren etablieren "Hausanschluss Mobilität" - Wohnortunabhängige Mobilitätsgarantie Rufbus, Bürgerbus, On-demand (Ridepooling), EcoBus im ländlichen Raum Landesfuhrpark emissionsfrei bis 2030	Alternativen zum Individualverkehr im ländlichen Raum schaffen (Sharing, Sammeltaxis, OnDemand,...) Förderprogramme für E-Ladesäulen stärken Wasserstoff-/E-Antriebe im ÖPNV & Zugverkehr umsetzen Einheitliche Stromtarife bei E-Ladesäulen etablieren Radwege-Landesprogramm und Mitnahme im ÖPNV vereinfachen	Mobilitätsgarantie mit verbindlichen Standards Starker Ausbau des Schienenverkehrs und des bedarfsorientierten ÖPNV Klimaschonende individuelle Mobilität verbessern Ladesäulen-Offensive mit öffentlicher und privater Aktivität (100.000 bis 2030) Verlagerung von Gütern auf die Schiene mit elektrifizierter Endverbringung per LKW	E-Fuels für Schiff- und Luftfahrt produzieren und handeln
	Partizipation der Bevölkerung am Ausbau der EE Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerenergie und Energiegenossenschaften Erweiterung der kommunalen finanziellen Beteiligung nach dem EEG Artenhilfsprogramm für Schutz derjenigen Arten, für die der Ausbau ein Eingriff in ihr Habitat bedeuten könnte	Energieeffizienzstrategie für alle Verbrauchssektoren verpflichtend Energieberatung vor Ort fördern mit gezielter Aufklärung Kommunen bei lokaler Wärmenetzbildung stützen Dezentrale Betreiberstrukturen mit Nbank etablieren/unterstützen mit lokalem Fokus	Verpflichtende, kommunale Energieberichte Artenschutzmonitoring für WEA-Ausbau Anreize zum Energiesparen über "Niedersachsen-Fonds" Ausstiegsplan für eigene fossile Rohstoffförderung	Ausbau von Speicherkapazitäten; Nutzung der geografischen Gegebenheiten als Standortvorteil im deutschen Vergleich

